

MELDUNGEN

IS rüstet medial auf

Den Haag – Die Terrororganisation IS baut nach Erkenntnissen der europäischen Polizeibehörde Europol ein eigenes soziales Netzwerk auf. Damit reagiere der IS auf den wachsenden Druck von Geheimdiensten, Polizei und Technologiekonzernen, die eine Verbreitung von IS-Propaganda über das Internet zu verhindern suchten, erklärte Europol-Chef Rob Wainwright. Bisher hat der IS seine Nachrichten vor allem über allgemein zugängliche Netze und die als sein Sprachrohr fungierende Nachrichtengeneratoren Amak verbreitet. Die neue IS-Plattform war bei einer Aktion von Europol gegen extremistische Inhalte entdeckt worden. Wainwright ließ offen, ob es technisch schwieriger ist, die IS-Plattform vom Netz zu nehmen, als die Kommunikation der Terroristen über herkömmliche Kanäle im Internet zu unterbinden. *J.H.*

GKV: Versicherte geschröpft

Berlin – Im vergangenen Jahr betrug die Höhe der Zuzahlungen, die Versicherte an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu leisten hatten, 3,956 Milliarden Euro. Das entsprach rechnerisch einer Summe von rund 55 Euro pro Versichertem im Jahr oder rund 4,50 Euro pro Monat. Die weitaus meisten Zuzahlungen (rund 2,2 Milliarden Euro) fielen im Bereich der Arznei-, Verbands- und Heilmittel an, gefolgt von Heil- und Hilfsmitteln (790 Millionen Euro) sowie Krankenhausbehandlungen (705 Millionen Euro). Bei bestimmten Hilfsmitteln, oder wenn Leistungen gewählt wurden, die über das notwendige Maß hinausgehen, wurden Eigenbeteiligungen verlangt. Eine solche „Mehrkostenregelung“ gilt auch für Zahnfüllungen. Gesetzlich versicherte Erwachsene müssen zudem die Ausgaben für Sehhilfen selbst tragen. Und für Zahnersatz leisten die Kassen lediglich einen Zuschuss von in der Regel 50 Prozent. *J.H.*

Jugend immer EU-skeptischer

Hannover – Für die überwiegende Mehrheit der jungen Europäer ist die Europäische Union heutzutage vor allem eine Gemeinschaft zur Durchsetzung ökonomischer Ziele. In einer repräsentativen Umfrage des Instituts Yougov im Auftrag der TUI-Stiftung unter 6000 16- bis 26-Jährigen in sieben europäischen Staaten gaben 76 Prozent der Befragten an, die Union sei für sie in ihrem Kern ein Wirtschaftsbündnis. Nur 30 Prozent der Befragten in Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Großbritannien, Polen und Griechenland sahen in der EU auch ein Bündnis mit gemeinsamen kulturellen Werten. Zudem fördert die Studie eine erhebliche Demokratieskepsis unter jungen Menschen zu Tage. Nur 52 Prozent betrachten demnach die Demokratie als die beste Staatsform. In Frankreich und Polen sind es lediglich 42 Prozent, in Italien 45 Prozent, in Deutschland immerhin noch 62 Prozent. Mehr als 38 Prozent wünschen sich, dass die EU Macht an die nationalen Regierungen zurückgibt. In Deutschland dagegen sind nur 22 Prozent dafür. Für einen Austritt ihrer Länder aus der EU sprechen sich trotzdem aber nur 21 Prozent aus. In Griechenland sind es 31 Prozent, in Polen 22, und in Frankreich 19 Prozent. In Deutschland und Spanien liegt der Anteil bei zwölf Prozent. *J.H.*

Deutsche Abwehr hat schlechte Karten

Der ehemalige Chef des österreichischen Verfassungsschutzes beklagt einen sicherheitspolitischen Blindflug

Deutschland, Europa – und damit auch die EU – befinden sich in einer äußerst kritischen sicherheitspolitischen Lage, so das Fazit von Gert R. Polli, Gründer des Österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), in seinem soeben erschienenen Buch „Deutschland zwischen den Fronten – Wie Europa zum Spielball von Politik und Geheimdiensten wird“. Aus der Sicht des neutralen österreichischen Beobachters weist er auf gefährliche Fehlentwicklungen hin, die Deutschland wehrlos gemacht haben. Seine zentrale These lautet: Deutschland ist auch heute noch de facto ein besetztes Land. Das Interview führte Bernd Kallina.

PAZ: Dass der Ex-Chef des österreichischen Verfassungsschutzes ein Buch über sein Metier schreibt, erscheint vielen als ungewöhnlich. Noch dazu, wenn seine professionelle Analyse über gravierende Mängel im Sicherheitsbereich der Bundesrepublik Deutschland informiert. Was trieb Sie an?

Gert R. Polli: Wir leben in einer Zeit extremer sicherheitspolitischer Veränderungen. Das betrifft auch die Nachrichtendienste selbst. Die Öffentlichkeit ist seit den Snowden-Veröffentlichungen mit einer Serie von Pannen der Geheimdienste konfrontiert, die in der bisherigen Geschichte einmalig zu sein scheint. Es ist der Eindruck entstanden, dass die Nachrichtendienste außer Kontrolle geraten sind. Das gilt vor allem für die US-amerikanischen Dienste, die sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend verselbstständigt und sich der politischen Kontrolle entzogen haben. Der Fokus des Buches liegt auf Deutschland als europäischem Schlüsselstand. Es wird aufgezeigt, wie umfassend die US-amerikanischen und auch die britischen Nachrichtendienste Deutschland nach wie vor politisch und wirtschaftlich kontrollieren. Das Buch vermittelt die Botschaft, dass es höchst an der Zeit ist, diese Fesseln abzustreifen.

PAZ: Sie sehen in der Fortwirkung der besatzungsgeschichtlichen Ursprünge des deutschen Sicherheitsapparates einen wesentlichen Grund für seine heutige Schwäche. Worin besteht sie im Kern?

Polli: Auch wenn es politisch nicht opportun ist, dies aufzuzeigen, so entspricht es doch der Realität: Die Schwächen des Sicherheitsapparates sind bereits auf strategisch-politischer Ebene erkennbar. Es ist die bedingungslose, ja geradezu naive transatlantische Ausrichtung deutscher Sicherheitspolitik. Naiv deshalb, weil Generationen von deutschen Politikern die Augen davor verschlossen hatten, dass diese Sicherheitspartnerschaft vor allem mit den USA hemmungslos für Spionage- und Kontrollzwecke deutscher Politik und deutscher Schlüsselunternehmen ausgenutzt wurde. Die deutsche Sicherheitsstruktur wurde von den Alliierten maßgeblich vorgegeben und beeinflusst. So sind die deutschen Sicherheitsbehörden mit einer Vielzahl von Barrieren konfrontiert, die ihre Ursache entweder im föderalen Aufbau der Sicherheitsarchitektur haben oder im strukturellen Unvermögen, den Informationsaustausch zu gewährleisten. Die Anschläge

in Berlin im Dezember 2016 waren so etwas wie ein Weckruf für die Sicherheitsbehörden, dass sich auf operativer Ebene etwas Grundlegendes in der Zusammenarbeit, nicht nur der Sicherheitsbehörden, ändern muss.

PAZ: Sie veranschlagen eine Schadenshöhe von 50 Milliarden Euro durch Wirtschaftsspionage gegen Deutschland. Deren Hauptakteure seien aber nicht nur die „alten Feinde“ im Osten, sondern unsere Bündnispartner, allen voran die USA. Da weist die Bemerkung Angela Merkels „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht!“ wohl in die falsche Richtung.

Polli: Der tatsächliche Schaden, der durch Spionage der deutschen Politik und Industrie entsteht, lässt sich nur annähernd schätzen. Die Erkenntnisse aus

wie würden Sie es sonst benennen?

Polli: So weit würde ich nicht gehen. Die im Buch beschriebene Systematik der alliierten Spionage basiert überwiegend auf vertraglichen Regelungen, die im Kern zwar noch auf die Besatzungszeit zurückzuführen sind, jedoch in modifizierter Form nach wie vor Gültigkeit haben. So gelten die alliierten Sonderrechte nach wie vor, vor allem zum Schutz der in Deutschland stationieren alliierten Streitkräfte. Zu diesen Sonderrechten zählt auch die Überwachung der Telekommunikation. Nicht umsonst ist die Europazentrale der CIA- und NSA-Aktivitäten Frankfurt am Main, die mit dem Internetknoten DE-CIX als die Welthauptstadt des Datenverkehrs bezeichnet werden kann. Die deutsche Abwehr hat schlechte Karten, zumal

Oberfläche gespült werden soll. Die Bundesregierung verfolgt die Auffassung, dass mit dem Anfang 2017 in Kraft getretenem BND-Gesetz die NSA-Affäre beendet wäre. Auch die Leitmedien scheinen sich dieser Auffassung anzuschließen. Die Berichterstattung über die NSA-Affäre und ihre Konsequenzen sind aus der Berichterstattung und aus der öffentlichen Wahrnehmung geradezu verschwunden. Auf der Arbeitsebene der Sicherheitsbehörden schaut das ganz anders aus.

PAZ: Was meinen Sie damit?

Polli: Die NSA-Affäre war wie ein Schock für die deutschen Dienste und Sicherheitsbehörden. Für die US-Dienste wiederum waren die Veröffentlichungen geheimer Dokumente im Umfeld des NSA-Untersuchungsausschusses ein Warnsignal.



Gert R. Polli, Ex-Leiter des österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung

den von Snowden veröffentlichten Unterlagen lassen die Schlussfolgerung zu, dass Deutschland nicht erst seit gestern Dreh- und Angelpunkt US-amerikanischer und britischer Wirtschafts- und Industriespionage in Europa ist. Es sind aber auch China und Russland, die dieses Segment der Spionage sehr erfolgreich verfolgen. Die US-amerikanischen und britischen Dienste haben in Deutschland die volle Deckung nicht nur der Politik, sondern auch der Sicherheitsbehörden. Bis dato wurde die US-amerikanische Behauptung, gegen Deutschland keine Wirtschaftsspionage zu betreiben, von den mit der Spionageabwehr betrauten deutschen Behörden nicht widerlegt. Die Kooperation ist sogar so eng und seitens der NSA technisch so fortgeschritten, dass die kooperierenden deutschen Behörden gar nicht die Möglichkeit haben, Wirtschaftsspionage als solche zu erkennen. Nur so ist es erklärbar, dass über mehr als ein Jahrzehnt hinweg US-amerikanische Suchbegriffe in das System des BND eingespeist wurden, die sich im Nachhinein als gegen deutsche Interessen gerichtet erwiesen.

PAZ: Ihre Thesen sind erschütternd: Sie sagen, unsere Abwehrdienste hätten sich sogar am Ausverkauf der europäischen Wirtschaftsstandorte maßgeblich beteiligt. Das klingt fast schon nach Beihilfe zum Landesverrat – oder

der Bündnisfall (Artikel 5) des NATO-Vertrages unmittelbar nach 09/11 ausgerufen wurde und nach wie vor Gültigkeit hat. Dies zementiert die alliierten Sonderrechte in Deutschland einmal mehr. Der tägliche Umgang mit den Alliierten in Deutschland gestaltet sich als Spagat: Einerseits sind die deutschen Abwehrbehörden auf die Kooperation mit den US-amerikanischen Partnern im Bereich der Terrorismusbekämpfung angewiesen, andererseits würde eine zu aggressive Spionageabwehr durch die wohlwollende Politik erschwert beziehungsweise verunmöglicht werden. Es ist höchste Zeit, dass hier ein Umdenken stattfindet.

PAZ: Sie schreiben, trotz der von Edward Snowden offen gelegten Dokumente, welche die Dimension von bündnisinterner

Die Bundesrepublik steht im Zentrum alliierter Wirtschaftsspionage

Spionage deutlich belegen, hätten die Regierungen der betroffenen Länder sich zu keiner wirklichen Kursänderung durchgezwungen. Sie seien schlicht zur Tagesordnung übergegangen. Sind Sie sicher?

Polli: In der öffentlichen Wahrnehmung gilt das jedenfalls für Deutschland. Die Schlussfolgerungen aus den Snowden-Dokumenten sind für Deutschland politisch so desaströs und wirtschaftlich so niederschmetternd, dass dieses Thema im Wahlkampfjahr tunlichst nicht an die

Selbst die routinemäßige Zusammenarbeit zwischen US-amerikanischen und deutschen Behörden wurde zwischenzeitlich eingefroren. Derzeit ist man bemüht, die bisher sehr einseitige Zusammenarbeit im Sinne des deutschen Interesses besser auszubalancieren. Um nochmals auf Ihre Frage zurückzukommen: Die Politik spielt die Angelegenheit aus wahltaktischen Überlegungen herunter, während die Arbeitsebene eine neue Basis für diese Zusammenarbeit sucht. Die intensive technische Verflechtung der Dienste kann nicht von heute auf morgen neu aufgesetzt werden. Es steht sicherheitsmäßig und politisch zu viel auf dem Spiel, als dass mit einem jähen Kurswechsel zu rechnen ist. Die einseitigen Abhängigkeiten werden weiter bestehen. Das Versäumnis der Politik, dieser einseitigen Abhängigkeit nicht schon vor Jahren etwas entgegenzusetzen, genau das ist der Vorwurf, der die deutsche Politik heute am härtesten trifft.

PAZ: Der islamische Terror überfordert die europäischen Sicherheitskräfte bei der Abwehr seiner asymmetrischen Angriffe. Kritiker halten Merkel vor, durch die Zulassung der illegalen Masseneinwanderung zur Verschärfung des Problems beigetragen zu haben. Und Sie?

Polli: Die Masseneinwanderung 2015 war ja nicht illegal, sondern legal. Genau das ist ja das Problem. Wir haben es mit einem si-

cherheitspolitischen Blindflug zu tun. Aus heutiger Sicht ist jedem klar, dass die deutsche Kanzlerin das damit entstandene Problem unterschätzt hat. Das gilt für die Kosten der Integration genauso wie für die damit zusammenhängende weitere Polarisierung der deutschen Gesellschaft. Ein behauptetes Sicherheitsrisiko gilt nur eingeschränkt für den Import des Terrorismus im Schlepptau der Migration. Der bisherige islamische Terrorismus in Europa ist eine tragische Fehlentwicklung falsch verstandener Integrationspolitik. Trotzdem, dass die jüngsten Terroranschläge in Europa und Deutschland immer wieder eine Verbindung zu den Krisenregionen in Afrika und dem Nahen Osten aufweisen, ist ein Faktum. Es ist aber nicht richtig, islamischen Terrorismus in Europa an der Flüchtlingskrise aufzuhängen. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, dass wir in Europa zwei zentrale Sicherheitsprobleme haben: Integration in Verbindung mit islamischem Terrorismus und das anhaltende Flüchtlingsthemata.

PAZ: Sie stellen die Wirksamkeit der sogenannten Antiterrorpakete in Frage, da sie in Wahlkampfzeiten mehr auf die Beruhigung der Bevölkerung hin zielten als zur realitätsnahen Bekämpfung der Wurzeln unserer Sicherheitsprobleme beitragen. Welche Maßnahmen wären eigentlich notwendig?

Polli: Es ist schon die richtige Richtung, in der sich die Sicherheitslandschaft entwickelt. Die Gesellschaft und der Staat haben die Pflicht, die Bürger zu schützen. Dazu zählt aber auch eine behutsame, nach außen hin gerichtete Strategie, die ich in Europa nicht erkenne. Man kann nicht einerseits in Richtung eines Polizeistaates voranschreiten und gleichzeitig im Ausland durch den Einsatz der Streitkräfte und der Geheimdienste neue Gefahren für die Sicherheit im Inneren aufbauen. Auch wenn man es als bedauerlich einstufen kann, so führt der Terrorismus in seinen nach innen gerichteten Auswirkungen geradezu in den Überwachungsstaat. Die europaweit implementierten legislativen Maßnahmen zur Erweiterung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden scheinen alternativlos zu sein. Was ich mir wünsche ist, dass diese Maßnahmen mit einer zeitlichen Befristung ausgestattet werden. Paradoxerweise werden solche Sicherheitspakete die nächsten Anschläge auch nicht verhindern. Das hält aber offenbar niemanden davon ab, das militärische Engagement „out of area“ unter der Flagge der Terrorismusbekämpfung weiter voranzutreiben.

PAZ: Ihre sicherheitspolitische Bilanz ist wenig erfreulich. Sehen Sie einen Ansatzpunkt, der Sie positiv stimmt?

Polli: Nein, nicht kurzfristig. Der europäische Integrationsgedanke befindet sich im freien Fall, die gemeinsame Währung steht vor einem Überlebenskampf, die US-amerikanischen Dienste werden Europa und Deutschland noch sehr lange kontrollieren, während die nächste Flüchtlingswelle aus Afrika sich bereits abzeichnet. Was diese Krise von den Krisen davor aber unterscheidet: Wir gehen sehenden Auges darauf zu.